

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Petitzeile 0,60 Reichsmark (Reklame 1,20 Reichsmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Heraus zur Herbstagitation!

Das letzte Viertel des Jahres 1926 hat begonnen. Die drei ersten Viertel haben eine nie gekannte Arbeitslosigkeit im Baugewerbe gebracht. Von dieser wurde unser Verband besonders stark betroffen. Viele unserer Verbandsmitglieder, die in ländlichen Gegenden beheimatet sind und in früheren Jahren im rheinisch-westfälischen Industriegebiet oder anderen Großstädten arbeiteten, haben in diesem Jahre überhaupt keine eigentliche Berufsarbeit erhalten können. Überall werden erst die am Orte ansässigen Bauarbeiter eingestellt, weil die Kommunen einen Teil der Arbeitslosenunterstützung aufbringen müssen. Um möglichst wenig belastet zu werden, wird den Arbeitsnachweisern Anweisung gegeben, erst die einheimischen Arbeiter in Arbeit zu bringen. Darunter leiden unsere Kollegen auf dem Eichsfelde, in Hessen-Rassau und im östlichen Westfalen besonders. Vielfach findet ihre missliche Lage in ihren Heimatgemeinden sehr wenig Verständnis. Die Arbeitslosenunterstützung wird von einem Uebermaß von Pflichtarbeit abhängig gemacht und was der Erzherrnisse mehr sind. In der Zentrale und seitens der Bezirksleitungen wurde getan was möglich ist, um eine Erleichterung der Lage dieser Kollegen zu erwirken. Leider sind manche Maßnahmen und Vorstöße erfolglos geblieben.

Vor mehreren Wochen ist nun die Reichsregierung mit einem Arbeitsbeschaffungsprogramm an die Öffentlichkeit getreten, das auch dem Baugewerbe etwas Belebung bringen soll. Es scheint als ob sich dieses Programm noch im letzten Viertel 1926 etwas auswirken wird. Einige Anzeichen sprechen auch dafür, daß man im Arbeitgeberlager nicht mehr allgemein das Heil der deutschen Wirtschaft im Lohndruck erblickt. Es sind allerdings erst Anzeichen. Sollte die Ansicht, die wir immer vertreten haben, und die dahin geht, daß die Wirtschaftslage durch Hebung der Konsumkraft der breiten Masse gebessert werden kann, auch im Arbeitgeberlager breiteren Boden gewinnen, dann wird auch die Industrie ihren Kampf gegen die „hohen Bauarbeiterlöhne“ verringern und notwendige Bauarbeiten nicht noch länger zurückstellen. Schließlich setzen sich auch hier wirtschaftliche Notwendigkeiten gegenüber falscher Lohnpolitik durch.

Wir erhoffen also für die Zeit des offenen Wetters noch eine etwas bessere Konjunktur, als sie bisher war. So gut, daß wenigstens alle vollkräftigen Facharbeiter des Baugewerbes noch in diesem Jahre im Berufe ihr Unterkommen finden können, wird sie allerdings nicht werden.

Die große Arbeitslosigkeit hat auf die Entwicklung unseres Verbandes hemmend gewirkt. Ein Mitgliederzuwachs ist bisher nicht zu verzeichnen. Die Ausnahmen sind durch Austritte weit gemacht. Die letzten Wochen vor Eintritt des Winters müssen von allen überzeugten Mitgliedern ausgenutzt werden, unseren Verband zu stärken. Die Möglichkeit dafür liegt in allen Berufen vor. Gäbe es nicht jenseit unorganisierte Bauarbeiter, dann könnten die Bauarbeiter ihre Lohnabbauforderungen nicht bei jeder bezirkslichen Verhandlung und vor dem Zentralschiedsgericht mit der Ausführung begründen: die Arbeiter bieten sich erheblich billiger an, die unorganisierten Arbeitgeber nehmen uns infolge dessen sämtliche Arbeiten weg. Es liegt also im Interesse jedes einzelnen Kollegen und der gesamten Bauarbeiter, daß die Unorganisierten unserem Verbandszugeführt werden. Im laufenden Jahre sind größere Lohnkämpfe durch das zentrale Schiedsgericht vermieden worden. In verschiedenen Gebieten mußten aber die Kollegen Lohnkürzungen in Kauf nehmen. Diese Kürzungen waren auch eine Folge der Unterbierung seitens der Unorganisierten. Wer da will, daß es mit den Kürzungen ein Ende hat, der muß dafür sorgen, daß die Unorganisierten bis auf den letzten Mann unserem Verbands beitreten.

Also Kollegen, die ihr durch wirtschaftliche Not aus Bangen um Arbeitsbekommen oder Arbeitshalten oder auch aus Saumseligkeit die Verarbeitung vernachlässigt habt, legt eure lethargie ab, erhebt als freie Männer eure Häupter und agitiert mit Mut, Geschick und Geduld, ihr dient damit nicht so sehr

dem Hauptvorstand oder den Verbandsangestellten, sondern euch selbst, eurer Familie, eurem Stand!

Verlangt nicht alle Verarbeitung von eurem Bezirksleiter oder Lokalbeamten. Nein, selbst ist der Mann! Jeder kann seinen Teil zur Stärkung und Festigung des Verbandes beitragen. Wer den Willen hat, findet auch einen Weg. Und ihr Vorstandsmittglieder, Hausfassierer und Baudelegierte, richtet auch euer Augenmerk mehr als bisher auf die Erhaltung der einmal gewonnenen Mitglieder! Es ist eine langjährige Erfahrung, daß wir abgesehen von einigen Ausnahmen in jedem Jahr prozentualer mehr Aufnahmen zu verzeichnen haben als unsere Konkurrenzverbände. Wir bringen es aber nicht fertig, die gewonnenen Mitglieder im gleichen Maße wie jene im Verband zu behalten. Wir haben verhältnismäßig viel mehr Durchläufer. Liegt das vielleicht daran, daß wir nicht die Versammlungen interessiert genug gestalten? Oder lassen wir in den Versammlungen Ausführungen zu, die mit der Sache wenig oder gar nichts zu tun haben, sich in unsachlicher zersetzender Kritik ergehen und viele Kollegen abschrecken? Gehen wir den lauen, wankelmütigen Mitgliedern genügend nach, um sie zum Verbleiben im Verband zu bewegen? Diese und ähnliche Fragen stelle sich jeder verantwortungsbewusste Funktionär unseres Verbandes und bessere wo es fehlt. Zur guten, fruchtbringenden Agitation gehört eifrige Verarbeitung, aber auch die Gewinnung und Erhaltung des Vertrauens der Mitglieder zu den führenden Personen. Allerdings gibt es auch Berufskollegen, die aus Egoismus oder falscher Sparjamkeit nur durch Druck bei der Organisation gehalten werden können. Sie sind aber doch die wenigeren. Wenn die überzeugten Mitglieder zusammenhalten und ihre Pflicht auf allen Gebieten erfüllen, dann werden solche Laumänner und Prüdeberger mitgerissen.

Kollegen, Vertrauensmänner, Vorstandsmittglieder, faßt zu Beginn des letzten Viertels 1926 den Vorfaß: Wir wollen durch eifrige Verarbeitung und treues Zusammenarbeiten dafür sorgen, daß das Jahr 1926 trotz ungewöhnlich schlechter Bautätigkeit mit einem Mitgliederzuwachs und damit mit einer größeren Machtstellung unseres Verbandes zu Ende geht. Vorwärts, aufwärts sei die Herbstparole.

Ein Weg zum Wirtschaftsfrieden

W. Schlaß, R. d. R., Köln

Eine der tiefen Ursachen des Weltkrieges war die Tatsache, daß die deutsche Wirtschaft Schritt um Schritt auf Kosten anderer Industrieländer, besonders Englands, die Auslandsmärkte eroberte. Der Frieden von Versailles zeigt in seinen Bestimmungen geradezu grotesk den Willen, Deutschlands Wirtschaft zu zerstören, oder soweit als möglich lahmsulegen. Aus diesem Grunde das Bestreben, uns die Rohstoffbasis für unsere Wirtschaft zu nehmen. Man nahm uns das Eisen Vethringens, das Kali des Oberrheins, die Kohlen der Saar und Oberschlesiens, desgleichen die Zinkgruben Oberschlesiens, fast die einzigen, die in Deutschland vorhanden waren.

Die Beschränkungen der Produktion selbst, die aus der Versailler Vertrag auferlegt, sind so mannigfacher Art, daß unsere Wissenschaft, Techniker und Ingenieure bei ihrer Arbeit stets auf diese Hemmungen stoßen. Diese Fesselung unserer Wirtschaft bedeutet natürlich eine starke Hemmung unseres Aufstieges. Diese Hemmung ist nur dann in etwa auszugleichen, wenn in Deutschland alle Wirtschaftskämpfe vermieden und ein vom starken Willen des deutschen Volkes getragener Wirtschaftsfrieden eine reibungslose nationale Aufbauarbeit ermöglicht.

Der Wirtschaftsfriede wird am meisten bedroht durch die Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Gegensätze werden dadurch vertieft, daß das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein unpersonliches geworden ist. Der Kapital-Organisationsform der Aktiengesellschaft steht die Organisation der Arbeitnehmer, die Gewerkschaft, gegenüber.

Das Bestreben, Arbeitsgemeinschaften zwischen den beiden Trägern der Wirtschaftskräfte, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zu schließen, kann ein Mittel sein, dem Wirtschaftsfrieden näherzukommen. Dieses Mittel wird

in guten Tagen der Wirtschaft, also bei aufsteigender Konjunktur, gute Dienste leisten. Bei Krisen, wo sich die gegenseitigen Interessen hart im Raume stoßen, wird die Arbeitsgemeinschaft vielfach verjagen. Damit soll kein Wort gegen die Arbeitsgemeinschaft gesagt werden, sondern es soll nur angedeutet werden, daß sie kein Universalmittel gegen die Volk und Vaterland schädigenden Triebkräfte darstellt.

Ein Weg, dem Wirtschaftsfrieden näher zu kommen, ist die stärkere Verflechtung des Arbeitnehmerstandes mit der Wirtschaft, und zwar in der Eigenschaft als Arbeitgeber. Da der Arbeitgeber als Einzelperson zum Arbeitgeber geworden, das Gewinnstreben ebenfalls zur Grundlage seines Handelns machen muß, ist mit diesem Einzelausstieg in den Arbeitgeberstand nichts für den Wirtschaftsfrieden gewonnen. Vielfach hat sich sogar gezeigt, daß diese aufstrebenden und aufgestiegenen Existenzen ihre früheren Bestrebungen glatt verleugnen. Aber selbst wenn dieses nicht der Fall wäre, der einzelne, mit dem besten Willen besetzt, würde den Geist der die Wirtschaft beherrschenden Faktoren nicht zu ändern in der Lage sein. Dazu bedarf es einer anderen Art der Wirtschaftsgestaltung, und zwar der korporativen, der genossenschaftlichen Wirtschaft.

Die breiten Arbeiterschichten werden so lange in der Wirtschaft nur die Dienenden sein, wie sie nicht im Mitbesitz der Produktionsgüter sind. Der Besitz der Produktionsgüter wird stets die Vormacht in der Wirtschaft bedeuten. Deshalb muß die Parole lauten: genossenschaftlicher Mitbesitz der Produktionsgüter.

Der gemeinschaftliche Mitbesitz der Produktionsgüter stellt die breiten Arbeiterschichten alsdann mitten in den Kampf um die Existenz der nationalen Volkswirtschaft. Ihr Interesse ist nicht mehr beschränkt auf den Empfang eines größtmöglichen Anteils an dem Gewinn der Wirtschaft, sondern sie sind an dem Bestande und dem Erfolge ihres korporativen Mitbesitzes der Produktionsgüter und der Produktionsstätten auf das lebhafteste interessiert.

Die Arbeiterschichten verbinden alsdann infolge ihres genossenschaftlichen Mitbesitzes der Wirtschaft die fast unlösbar erscheinenden Gegensätze, Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einer Person. Ein kategorischer Imperativ zwingt sie nur, wenn auch nicht als Einzelperson, so dann doch als Gemeinschaftsmitglied der Produktionsgemeinschaft, die Gegensätze zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber auszugleichen. Die Produktionsgemeinschaft der Arbeitnehmer wird alsdann ihre große Aufgabe zu erfüllen haben, nicht nur Vermögenszuwachs zu erringen, sondern auch die soziale Vermögensverteilung zu gestalten. Ihr Tun wird, je größer die gemeinschaftliche Produktionsgemeinschaft ist, um so mehr ihren sozialen Stempel der gesamten nationalen Volkswirtschaft aufdrücken.

Der Weg zu dieser Gestaltung des Wirtschaftsfriedens und der Wirtschaft selbst ist natürlich ein äußerst schwieriger und langwieriger, jedenfalls aber der einzige Weg, der zu sicheren Erfolgen führt. Den sozialen Wirtschaftsfrieden bringt uns keine Revolution, sondern nur zäher Wille und zielbewusste Arbeit an dem zu erstrebenden Ziele. Ohne Wirtschaftsführer kann eine genossenschaftliche Wirtschaft der Arbeitnehmer nicht gestaltet werden. Es mögen zwar einzelne Wirtschaftsführer geboren werden, jedoch einzelne sind nicht in der Lage, eine Sozialwirtschaft zu schaffen. Der Aufstieg zum Wirtschaftsführer verlangt Erziehung und Tradition. Erziehung und Tradition aber bedeutet eine langsame Evolution, eine langsame Entwicklung.

Die Revolution von 1918 hat zwar vermocht, die politische Struktur Deutschlands umzugestalten, die wirtschaftliche Struktur Deutschlands ist kapitalistisch geblieben, wie vor und während des Krieges, weil die Revolution keinen Ersatz für den kapitalistischen Wirtschaftsführer hatte.

Der Mitbesitz der Wirtschaft wird also nicht durch eine Revolution, auch nicht durch Gesetze gestaltet werden, sondern es wird der korporative Weg in langwieriger Erringung des gemeinschaftlichen Besitzes gegangen werden müssen, um die Mitbestimmung in der Wirtschaft zu erringen.

Zwei Nachbatteroren stehen den breiten Schichten der Arbeitnehmer in ihrem Kampfe um den Mitbesitz der Produktionsgüter zur Verfügung. Der erste Nachbatteror ist ihre Kaufkraft. Diese Kaufkraft, d. h. die Selbstbestimmung darüber, was und wo man kaufen will, muß organisch erjagt werden. Die Kaufkraft muß zu einem einheitlichen Willen ausgelöst, in den Dienst des Zweckes des Mitbesitzes der Wirtschaft gestellt werden.

Ein Eintreten in die Produktion ohne Organisation der Kaufkraft ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die genossenschaftliche Neugestaltung der Produktion trifft auf einen Kapitalisten und wettstreitenden Gegner, den sie zu meistern hat. Sie trifft auf einen Gegner, der alle Vorzüge der Organisation, der Erfahrung und der Verbindung voraus hat. Diese Vorzüge können

zur durch die vorherige Sicherstellung der Abnahme der genossenschaftlichen Produkte ausgeglichen werden. Im Kampf um den offenen freien Markt würde die Genossenschaftsproduktion, wenn auch nicht die Schwächere, so doch die Benachteiligte sein. Der Kampf um den freien nationalen Markt und den Weltmarkt kann erst eine Aufgabe späterer Zeit sein. Wenn aus diesen Ausführungen klar hervorgeht, daß die Genossenschaftsproduktion nur über den organisierten Bedarf sich eine Stellung in der Wirtschaft erringen kann, so ist der Weg klar gewiesen, den die genossenschaftliche Produktion zu gehen hat. Dieser Weg geht nur über die organisierte Verbraucherschaft, über die Konsumgenossenschaft. In den Konsumgenossenschaften müssen sich die Arbeitnehmer, die zu gleicher Zeit die breiten Verbraucherschichten darstellen, zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden. Die Konsumgenossenschaften sind die Wirtschaftsstellen, sind das Embryo, aus dem sich naturnotwendig die Sozialwirtschaft der Verbraucherschichten entwickeln muß.

Der zweite Nachfaktor, den die breiten Schichten für ihren Kampf um den Mißbrauch zur Verfügung haben, ist ihre Sparrkraft. Es läßt sich nicht verkennen, daß die augenblickliche Lage der Arbeitnehmer der Entwicklung des sozialen Sparrkapitals nicht gerade günstig ist. Die Frage des Mißbrauchs der Produktionsgüter ist aber keine Frage von Jahren, sondern von Jahrzehnten, ja vielleicht einem Jahrhundert. Je eher die Erkenntnis den breiten Volksschichten wird, daß mit dem Sparen aus Gründen der eigenen Sicherstellung von Not und Elend auch der Zweck der Wirtschaftsgesamtheit verbunden sein muß, desto eher wird der Einfluß der Sozialwirtschaft in der Gesamtwirtschaft sichtbar gemacht werden. Dazu ist natürlich Voraussetzung, daß die breiten Schichten und ihre Führer Vertrauen in ihre eigene Sozialwirtschaft haben. Weiter ist es kategorische Pflicht der Organisation der Arbeitnehmer und Verbraucher, daß nicht selbst aus ihren Mitteln privatkapitalistische Geldinstitute gepeißt werden. Wenn die Führer der Organisation kein Vertrauen zu ihrer eigenen Sache haben, woher soll das Vertrauen der breiten Schichten kommen. Worte und Reden führen nicht zum Ziel, sondern die genossenschaftliche Tat bringt den Erfolg.

Kaufkraft und Sparrkraft sind die Zauberwörter, die unübersehbar Produktionsgüter der Gemeinschaft und dem Gemeinwohl der breiten Schichten zuführen, jedoch nur dann, wenn sie ausgelöst werden für das gemeinsame Ziel. Diese Zauberwörter zu gestalten, sie einzubringen in den Strom genossenschaftlicher Arbeit, der werden soll ein ruhiger See in dem sturmgepeitschten Meer kapitalistischer Wirtschaft, das ist die erste Aufgabe der Führer der breiten Schichten. Der Mißbrauch der Wirtschaft wird den heiseren Schreien der Wirtschaft, weil die gemeinschaftliche Wirtschaft selbst die Versöhnung der Gegensätze zwischen den Trägern der Wirtschaft, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, darstellt. Die Gemeinwirtschaft zwingt zum Ausgleich der Gegensätze, die in der Kapitalwirtschaft unausgleichbar sind. Möge deshalb dieses Ziel nicht in allzu weiter Ferne liegen.

Wohnungsnot oder Wohnungsüberfluß

Die unteren Schichten des deutschen Volkes mußten immer schon in recht bescheidenen, vielfach recht ungesunden Mietwohnungen hausen. Ein erheblicher Teil des Mittelstandes teilte mit ihnen dieses Los. Keinesfalls kann von diesem Teil der Bevölkerung von einem Wohnungsnotstand geteilt werden, wie das heutzutage da und dort geschieht. Bei der Tagung des Zentralverbandes deutscher Haus- und Grundbesitzervereine, August 1926 in Düsseldorf, haben selbst die ersten Führer dieses Interessenverbandes zugegeben, daß ein Wohnungsnotstand, wie es namentlich in unseren Großstädten sich breit macht, auch schon vor dem Kriege in gleichem Maße bestanden hat, und daß es wohl möglich sei, daß bei einer natürlichen Verteilung der Wohnungen ein Mangel an Kleinwohnungen und ein Ueberangebot von großen Wohnungen sich herausstellen würde.

Mit diesen Darlegungen werden von autoritativer Seite Angaben und Berechnungen über den Wohnungsmarkt seitens einseitiger Interessenten aus dem Kreise der Hausbesitzer selbst in Zweifel gezogen. Es kommen hier in Betracht Zahlenpielereien und Berechnungen aus Hamburg, Leipzig, Würzburg usw. Wohl als erster hat der Rechenkünstler W. Alexander in Hamburg herausgetrieben, daß ein Wohnungsüberfluß besteht! Anderwärts ist seine Berechnungsmethode nachgeahmt, und für die Agitation zu verwenden versucht worden. Der Hamburger rechnet also: In Hamburg kamen vor dem Kriege, am 1. November 1913, 4,06 Personen auf eine Wohnung. Seitdem hat sich die Hamburger Bevölkerung um 50 689 Seelen vermehrt. Berechnet nach der Belegbarkeit im Durchschnitt 1913, nach der Zahl der damals leerstehenden und der in der Zwischenzeit neuerstellten Wohnungen müßte jetzt ein Wohnungsüberschuß vorhanden sein. Infolge der öffentlichen Wohnungsbeziehung käme dieser Ueberfluß aber nicht zum Ausdruck, da die Bevölkerung in ihren Wohnungen gehalten würde, und die natürliche Auflösung der Haushalte durch den Tod nicht in Erscheinung träte.

Es handelt sich hier um eine grobe Berechnung, bei der in keiner Weise die Bevölkerungszählung Hamburgs nach Stand und Einkommen in Betracht gezogen, auch die Bauart und Einrichtung der Häuser und Wohnungen nicht in Ansehung gebracht ist.

Eine ähnliche Berechnung findet sich in der Würzburger Hausbesitzerzeitung, Juni 1926. Darnach ist die

Kollege! Hast Du Dich Deinem Vorstande schon für die Herbstagitation zur Verfügung gestellt? Wenn nicht, dann ist es höchste Zeit. Verlasse Dich nicht auf andere. Jeder muß mitarbeiten, dann wirds keinem zu schwer und der Erfolg wird vervielfacht. Hinweg mit Jagdstätigkeit und Saumseligkeit.

Belegung der Würzburger Wohnungen gegenwärtig im Zeichen der Wohnungsnot geringer als im Frieden. Am 1. Juli 1914 waren auf eine Wohnung 4,4 Köpfe entfallen, jetzt nur mehr 4,01 Personen. Die Zahl der überbesetzten Wohnungen habe am Tage der Wohnungszählung, 15. Mai 1925, 3439 betragen, die der unterbesetzten Wohnungen 4971. Würde man, so sagt die Zeitung, eine normale Belegung vornehmen, so müßten aus den überbesetzten Räumen 10 155 Personen herauskommen und anderwärts untergebracht werden; trotzdem blieben von den unterbesetzten Räumen immer noch 2918 zur stärkeren Belegung mit je einer Person übrig. Aus dieser Rechnung wird dann der Schluß gezogen, die Ursache der Wohnungsnot ist die ungleiche Verteilung; die vorhandenen Räume müßten besser verteilt werden.

Eine bessere Wohnungsverteilung ist in vereinzelten Fällen sicherlich da und dort möglich. Da aber eine Zerteilung der Familien, eine Zerrüttung der Haushaltungen nach Köpfen nicht angängig ist, stehen der angeregten besseren Wohnungsverteilung nach wie vor die größten Schwierigkeiten im Wege. Bei den Berechnungen und Vorschlägen ist auch die Tatsache außer Acht gelassen, daß vor dem Kriege schon viele Klein-

wohnungen überfetzt waren und deshalb Vergleiche zwischen einst und jetzt nicht so ohne weiteres möglich sind. Durch den Rath. Arbeiterverein Würzburg ist dort, in den neunziger Jahren schon, eine Wohnungsnot und ein Wohnungsnot bei Minderbemittelten festgestellt worden. Im Juli dieses Jahres hat der Mieterverein Würzburg darauf hingewiesen, daß seit 25 Jahren am Orte eine Not an Kleinwohnungen besteht. Nach dem amtlichen Bericht vom August 1926 haben sich in diesem Monat 463 Wohnungssucher um Wohnungen beworben, darunter 2826 ohne eigene Wohnung.

Die Wohnungsnot kann nur durch erhöhte Bautätigkeit und mit Hilfe der öffentlichen Hand nach und nach behoben werden. Das „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“ hat zweifellos Recht gehabt, als es vor einigen Monaten schrieb: Die Wohnungsversorgung in freier Wirtschaft zu bewirken, ist völlig ausgeschlossen. Ohne Hilfe von Staat und Gemeinde geht es eben nicht. Das haben alle diejenigen Kreise erkannt, deren Aufgabe es war, für die Schaffung von Wohnungen zu sorgen.“ Der Verbandsdirektor des Zentralverbandes deutscher Haus- und Grundbesitzervereine, Dr. Raab, hat vor kurzem dargetan, daß die Hauseigentümer nicht wüßten, woher sie das Geld zur Teilung großer Wohnungen nehmen sollten. Wenn aber die Privaten schon für diese Zwecke keine Mittel aufzubringen vermögen, wie und wann sollen sie dann die Beschaffung der in großer Zahl fehlenden Wohnungen überhaupt betätigen können.

Von einer besseren Wohnungsverteilung, dem Zusammenwachsen noch größerer Volksteile in unzureichenden Räumen, ist eine Behebung der Wohnungsnot oder gar des Wohnungsleidens nicht zu erwarten. Wollte man eine durchschnittliche Belegung der Wohnungen, etwa nach dem vorhandenen Kubikraum, durchsetzen, so müßten zahlreiche Mieter in die Wohnungen der Wohlhabenden und in die Großwohnungen gesetzt werden. Eine solche Umsiedlung wäre nur möglich mittelst der schärfsten Zwangsmaßnahmen und gewalttätigen Eingriffen, die weit über das hinausgingen, was die Wohnungsgesetzgebung von heute dem Hausbesitzer, den Vermietern und Mietern zumutet.

Aus der seit Kriegsausbruch etwas verminderten Wohnungsdichte kann keinesfalls ein Schluß auf Zunahme der Luxuswohnungen gezogen werden. Auf der Geiseler in Düsseldorf sind vom Reichsbund der Kinderreichen Tafeln aufgestellt, die u. a. auch die Frage beantworten: Wo kommen die Kinder zur Welt. Mehr als die Hälfte, 56 Prozent, in Wohnungen mit ein bis zwei Räumen. In Wohnungen mit drei Räumen sind geboren rund 30 Prozent. Nach einer anderen Statistik wohnt der deutsche Arbeiter weit schlechter, als der Arbeiter anderer Kulturländer. Während eine Arbeiterfamilie mit vier Köpfen 1925 in Amerika durchschnittlich fünf Räume bewohnte, so in Deutschland eine gleich große Familie nur 1,4 Räume. Die englische Familie derselben Größe wohnte in drei, die französische in 2,5 Räumen.

Daß unter diesen Verhältnissen auch die gesundheitlichen Belange der breiten Volksschichten zu leiden haben, liegt auf der Hand. In einer Denkschrift des Reichsgesundheitsamtes wird festgestellt, daß ein großer Teil der Menschen in geradezu unwürdigen, unhygienischen Wohnstätten zusammengepfercht leben müßte, und daß die gesundheitliche und wirtschaftliche Not an Umfang gewonnen habe. Beispiele dafür könnten in großer Zahl aus allen Teilen Deutschlands gegeben werden. Unter solchen Umständen eine „bessere Wohnungsverteilung“ durch eine allgemeine Steigerung der Mieten zu verlangen, ist absurd, gerade so wie die Behauptung, es bestände ein Wohnungsüberschuß. Die in Betracht kommenden Interessenten tun besser, sich diese Sachlage vor Augen zu halten und miteinander die Kriegsfolgen auf dem Gebiete des Wohnungswesens

Vom Werden der deutschen Wirtschaft

VI

Eine große Rolle spielten im Wirtschaftsleben des Mittelalters die Juden. Land zu erwerben, Jüdischen als Hausbesitzer beizutreten, Ämter und Würden anzunehmen, war ihnen verboten. So blieb ihnen die finanzielle Betätigung übrig. Handel in geringem Umfang und Geldverleihen, durch tückische Vorschriften nicht gebunden. Durch die kleinen finanziellen Juden wurde ihr Einfluß allmählich sehr groß, bis er hier und da durch eine Explosion wegen der Baderzinsen vernichtet wurde. Judenverfolgungen spielten im Mittelalter eine große Rolle, doch haben die Juden, durch die staatliche Zerstückelung begünstigt, sich gerade in Deutschland zahlreich erhalten. Ihre mittelalterliche Lage und Behandlung ist ausschlaggebend für die Reugen geworden. Noch heute sind die Juden Kaufmann, Bankier oder in freien Berufen tätig.

Der dreißigjährige Krieg schlug unserem Vaterlande, besonders seiner Wirtschaft, die schwersten Wunden. Zwei Drittel seiner gesamten Bevölkerung, drei Viertel seines Vermögens hatte es schätzungsweise verloren. Die Städte der Städte war geräumt, die Wälder ödeten weithin gegen den Himmel. Schwärme von Wölfen, und noch schlimmer, von Belegelagerten und Räubern, machten Weg und Stieg unsicher. Beherzt an wichtigen Stellen, besonders an den Hauptwegen, lagen die Jüden, und suchten den letzten Pfennig durch Heberlei und Raub mit ihrem Worts dem Lande auszusperren. Dem Deutschen war, nach einem berühmten Worte des großen Philosophen Leibniz, nichts übrig geblieben als ihr Fleisch, mit dem sie sich unter unglücklichen Wunden wieder emporsarbeiten sollten.

Ein Unfug allerdinge war dem schwierigen Prozeß der wirtschaftlichen Wiedergewinnung günstig: Durch den Besitzlichen Frieden wurden alle deutschen Territorial-

fürsten, an 250, selbständig. Die Fürsten aber suchten ihr Territorium in jeder Beziehung, besonders aber geistig (Gründung von Universitäten) und wirtschaftlich auf eigene Füße zu stellen. So löst nun die Territorialwirtschaft die Stadtwirtschaft des Mittelalters ab. Sie bleibt bis weit in das 19. Jahrhundert hinein bestehen.

Vorbild der Fürsten bei ihrem Vorgehen war der prunkfüchtige Ludwig XIV. von Frankreich. Als seine Nachahmer brauchten auch die Territorialherren viel Geld, und sie suchten dies durch Steigerung der Wirtschaft zu erreichen. Es ist klar, daß die wirtschaftliche Kraft des Territoriums durch seine größere Ausdehnung, die mehr Möglichkeiten und Anreize bot, die Stadtwirtschaft bei entsprechender Anstrengung weit überholen mußte.

Das Wirtschaftssystem, das sich damals ausbildete, war das merkantilistische. Dessen Grundgedanke besteht darin, daß die Handelsbilanz hochwertig positiv sei, damit recht viel Geld ins Land komme, worin Reichtum und Kraft bestuhe; die Landwirtschaft wird vernachlässigt, weil sie verhältnismäßig wenig Geld ins Land bringt, jede Art von günstigem Handel dagegen auf das äußerste gefördert. Einfuhr von Rohstoffen und Ausfuhr von Fertigwaren wird gern gesehen und unterstützt, umgekehrt aber werden hohe Zölle auf Einfuhr von fertigen Produkten und Ausfuhr von heimischen Rohstoffen gelegt. Die finanziellen Vorteile springen in die Augen.

Aber auch direkt suchten die Territorialherren sich neue Geldquellen zu erschließen, indem sie eigene Staatsfabriken anlegten. Hauptächlich waren Tuch- und Porzellanfabriken beliebt. Friedrich der Große ludte „Porzellanfabriker“ durch Vorrechte herbei und hielt sie dann durch Androhung von Strafen im Lande: Sachsen wurde durch Porzellan (Meißner) und Baumwollproduktion (Planen) berühmt.

Das Justizwesen allerdings erstarb und entartete vollständig. Die Richter arbeiteten jetzt fast in ihre Taschen und ließen nur wenige aus den Gelellereiden an die Justiztruppe. Das erbitterte und jähzte aus

Arbeitslust, häufig sogar schon zu Streiks. Der „blaue Montag“ (eigentlich der Montag vor Aschermittwoch) kam auf.

Neu entwickelte sich damals die Hausindustrie und der Anfang der Fabriken. Jene wurden von Unternehmern begründet, die Rohstoffe in die Familien lieferten. So entstand damals die Spinnweberei im Erzgebirge, die Spielwarenherstellung im Thüringer Walde, die Anfertigung von Uhren, Bürsten und Strohflechtereien im Schwarzwalde, die Holzschmiederei in Oberbayern. Wurde das Großgewerbe zentral, in einem Hause, betrieben, so hatte man die Fabrik. Eine Krefelder Seidenfabrik (von der Lehen) beschäftigte bereits gegen 3000 Personen.

Wie schon erwähnt, war das Merkantilssystem der Landwirtschaft im großen und ganzen ungünstig, ihr wendeten die Fürsten keine große Fürsorge zu. Wenn Joseph II. von Österreich den Bauern die Leibeigenschaft aufhob und sie für frei erklärte, so geschah dies aus seinen menschlich-liberalen Anschauungen heraus; sein Zeitgenosse Friedrich der Große tat dies nicht, weil er seinem Adel, der einziger Großgrundbesitzer und zugleich Reservoir für seinen Offiziersstand war, die wirtschaftliche Grundlage nicht schwächen wollte. Dagegen ist von ihm rühmend hervorzuheben, daß er Ober-, Rege- und Wartbruch zu großen Teilen trocken legte und so mitten im Frieden für die Landwirtschaft eine Provinz gewann.

In die damalige Zeit fällt auch die Einführung der wirtschaftlich heute ungeschätzbaren Kartoffel. Der gewalttätige Friedrich Wilhelm I. hatte ihren Anbau durch Stodschläge vergeblich zu erzwingen gesucht. Mehr Erfolg hatte Friedrich der Große, besonders seit der unheilvollen Hungernot im Jahre 1771.

Dem 19. Jahrhundert blieb es vorbehalten, die rastlos fortschreitende wirtschaftliche Entwicklung unter schweren Kämpfen in Deutschland zur Volkswirtschaft auszubilden, in der das ganze Volk als wirtschaftliche Einheit aufzufassen ist. Georg Rommel.

zu bekämpfen, als sich gegenseitig Vorwürfe zu machen, die nur verbittern, aber zwecklos sind.

Schirmer.

Allgemeine Rundschau

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe

hat mit seiner Tochterorganisation, dem Deutschen Wirtschaftsbund für das Baugewerbe und mit dem Innungsverbande deutscher Baugewerksmeister in der Woche vom 6. bis 13. September in Köln eine sogenannte Bauwoche veranstaltet. Zunächst referierte Baugewerksmeister Hoemann-Köln gegen die wenigen bodenreformerischen Gedanken, die im Entwurf des preussischen Städtebaugesetzes enthalten sind. Sie wurden als ein Angriff auf das dreimal „geheiligte Eigentum“ hingestellt. Wir sind der Ansicht, daß dieser Gesetzentwurf vielleicht den Gewinn der Bodenspekulanten etwas beschneiden kann, aber durchaus nicht wirtschaftshemmend wirken wird; es sei denn, daß man die Begriffe Wirtschaft und Profit (recht groß geschrieben) identifiziert.

Ueber die Stellung des Baugewerbes — hieß es nicht richtiger der baugewerblichen Unternehmer — zur Sozial- und Tarifpolitik referierte Herr Dr. Grundmann. Er bekannte sich grundsätzlich zur Sozialpolitik, glaubte aber hervorheben zu müssen, daß diese nicht das Wohl einer bestimmten Klasse einseitig fördern darf. Unseres Erachtens ist das auch niemals geschehen. Ist die gesetzliche Handwerkerpolitik nicht ein Stück Sozialpolitik für die Handwerksmeister? Bringt die Zollpolitik nicht in erster Linie den Landwirten und auch gewerblichen Unternehmern Vorteile? Sind verschiedene soziale Gesetze für die Arbeiter nicht eine notwendige Folge der Handwerker- und Zollpolitik? Anerkennenswerterweise bekannte sich Redner im Einverständnis mit seiner Organisation zu dem Grundsatz, Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge mit den zuständigen Gewerkschaften regeln zu wollen und gab zu, daß die Arbeiter des Baugewerbes einer höheren Entlohnung wegen des Saisoncharakters des Gewerbes bedürfen. Selbstverständlich unternahm er auch einen Ritt gegen den „schematischen Achtstundentag“, den auch wir nicht fördern. Allerdings über das wann und die Höhe der Ueberziehung konnten wir bisher mit den Arbeitgebern des Baugewerbes nicht einig werden.

Ueber die Not der Wohnungs- und Bauwirtschaft referierte Herr Riedel, Syndikus des deutschen Wirtschaftsbundes für das Baugewerbe. Er machte die amtliche Mietpreispolitik für viele Schäden verantwortlich und befürwortete eine Mietshöhe für alte und neue Wohnungen die 140 Prozent der Friedensmiete betragen soll. Leider unterließ er auch zu fordern, daß dementsprechend auch Lohn- und Gehaltssteigerungen einzuwirken müssen. Zu der Forderung nach Verbilligung der Baugelder gehen wir mit ihm zusammen.

Die sozialen Baubetriebe will er leben lassen, wenn sie keine Bevorzugung der amtlichen Stellen gegenüber den Privatunternehmern erfahren. Unsere Bauproduktivgenossenschaften haben von einer Bevorzugung bisher verurteilt wenig gemerkt. Wer bekommt die von Riedel erwähnten jährlichen 436 000 000 Mark? Will man mit solchen Zahlenmandatieren die gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften totschlagen? — Mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung ist der Referent einverstanden. Es folgten dann noch Referate über Aufwertung und Baugewerbe sowie über Zement- und Betonprüfungen im Laboratorium und an der Baustelle.

Wird wohl die Zeit kommen, in der auch der andere Teil des Baugewerbes, die Arbeiter, auf solchen Tagungen gleichberechtigt mitberaten? —

Die Zeit des Hochkapitalismus vorbei?

In einem beachtenswerten Vortrage schilderte Professor Sombart kürzlich Entstehung und Geschichte des Hochkapitalismus. Ausgehend von seiner Entstehungszeit um das Jahr 1800 zeigte er, daß der Hochkapitalismus in den Anfängen in den Kolonialgebieten auf der Sklaverei aufbaute und in Europa auf unwürdigen Arbeitsverhältnissen. Die einander bedingenden treibenden Kräfte der Entwicklung seien: 1. die Technik, d. h. die Verwendung anorganischer Stoffe zur Ergänzung der organischen Kräfte der Natur. 2. Der Bevölkerungszuwachs, der Europa von 1800 bis 1914 einen Bevölkerungszuwachs von 150 vom Hundert, von 180 Millionen auf 450 Millionen brachte. 3. Die Umgestaltung der Siedlungen, da durch ungeahnte Ausgestaltung der Verkehrsmittel die Bewirtschaftung entferntester Flächen als Nahrungsraum der wachsenden Millionen Europäer möglich wurde.

Der Hochkapitalismus ist eine Episode der Vergangenheit. Denn das bisherige Wachstum der europäischen Bevölkerung, die sich auf die Ausbeutung der Bevölkerung außerhalb Europas gründen würde, würde zum mindesten nicht mehr in dem bisherigen Maße fortschreiten, da die Kolonialvölker jetzt ihrerseits einen höheren Lebensstandard verlangten und erdämpften.

Kunst des Sparens

Beherzigenswerte Lehren ergeben jeweils die Veröffentlichungen über die Spartätigkeit im deutschen Volke. Von Monat zu Monat sind ansehnliche Zunahmen der Spareinlagen zu verzeichnen. Nach den letzten veröffentlichten Mitteilungen betragen die Sparguthaben bei den Sparkassen des Deutschen Reiches Ende Juli d. J. 2,489 Milliarden RM. Solche Feststellungen begegnen auch dem besonderen Interesse der Arbeitnehmerschaft. Lassen doch die wirtschaftlichen Zustände der gegenwärtigen Zeit für viele der Arbeitnehmer eine praktische Betätigung auf diesem Gebiete nicht zu. Da wird vielfach die Frage aufgeworfen, wo nun diese Spareinlagen herkommen. — Allerdings, die Sparbesitzenden unter der Arbeitnehmerschaft können auf diese Frage eine Antwort geben. Jene aus

Am 2. Oktober 1926 ist der vierzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1926 fällig.

der Arbeiterschaft, die in stiller Beharrlichkeit Groschen um Groschen, Mark um Mark zusammentragen, und so mit zu den professionellen Sparern im Volke gehören. Auch könnten jene eine Antwort geben, die tiefere Einblicke haben bei den Verwaltungen der Sparkassen. Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit, mit der gerade in Arbeiterkreisen die Frage nach der Beteiligung an dem Spargeschäft auftaucht, sind von besonderem Interesse die Erhebungen der Berliner Sparkasse für das Jahr 1925. Danach sind in diesem Jahre insgesamt bei der Berliner Sparkasse 125 470 neue Spartonten angelegt worden. Arbeiter waren hierbei mit 24,88 Prozent, Angestellte mit 19,12 Prozent und Beamte mit 16,53 Prozent beteiligt. Mit hin sind Arbeiter, Angestellte und Beamte insgesamt mit 60,53 Prozent an diesen neuerrichteten Spartonten des einen Jahres beteiligt. Diesen 60,53 Prozent von 125 470 neuen Konten stehen 55,12 Prozent von 20 246 aufgelösten gegenüber. Arbeitnehmer haben hier also erheblichen Anteil an der Zunahme der Spartonten. Weitere Erhebungen würden sicherlich ähnliche Bilder ergeben. Der Kunst des Wirtschaftens gesellt sich also auch die Kunst des Sparens zu. Gerade hier muß die Kunst des Sparens gewertet werden. Was hier Sparen heißt, ist treffend in dem Würzburger Programm des Kath. Arbeiter- und Arbeiterinnenvereins herausgearbeitet. „Uns ist das Sparen nicht etwa ein Darben auf Kosten der Gesundheit, oder gar ein Verzicht auf Ausgaben für höhere Lebensfreuden,

Um Ordnung in der Beitragzahlung aufrechtzuerhalten und um die Druckbergerei zu bekämpfen, sind regelmäßige vierzehntägige Büchertkontrollen am Arbeitsplatz notwendig. Lebt diese Kontrolle in der nächsten Zeit besonders rege. Damit wird die Fluktuation am wirksamsten bekämpft.

besonders für geistige Weiterbildung und Erholung, sondern letzten Endes nichts weiter als eine besondere Art wirtschaftlichen Voraussehens, das in Zeiten geringerer Ausgaben oder besserer Einnahmen zurücklegt für eine schlechtere Zukunft; der heranwachsenden Jugend beiderlei Geschlechts hierfür Veranlassung zu eröffnen tut.“

Wirtschaftliches Vorausssehen! Darin liegt die sehr beherzigenswerte Lehre für die Arbeitnehmer, die zu nachhaltiger Pflege und Förderung des Sparsinns führen muß. Gleichbedeutend damit ist dann, daß die Spargelder der Arbeitnehmer der richtigen Verwendung zugeführt werden. Sie müssen in den Dienst der gesunden Bestrebungen der Arbeiterbewegung gestellt werden. Eine dringliche Aufgabe, die für die christlich-nationalen Arbeiter, Angestellten und Beamten der Deutschen Volksbank, Altiengeellschaft, Eisen, zugewiesen ist. Ihr müssen daher reiflich die Spargelder zugewiesen werden. Mehr als 400 Sparannahmestellen vermitteln den Sparverkehr. Auch können Einzahlungen mittels Zahlkarten auf Postsparkonto Eisen Nr. 16400 erfolgen.

Eine furchtbare Anklage

Die „Deutsche Zeitung“ teilt folgendes erschütterndes Erlebnis mit: In dem Frauengefängnis auf der Barnimstraße in Berlin fragt der Gefängnisgeistliche eine Gefangene, was sie auf die abichürftige Bahn getrieben habe. Die Frau weist mit der Hand über die Zelle hin und sagt: „Hätte ich in meinem Leben nur einen solchen Raum für mich gehabt, es wäre nicht so weit mit mir gekommen.“ Die „Bodenreform“ (14/1926) bemerkt dazu, daß am 2. November 1910 in Berlin amtlich gezählt wurden: 41 963 Wohnungen mit nur einem heizbaren Zimmer, die 5-13 Menschen verschiedenen Alters und Geschlechts als dauernde Bewohner zählten. Heute sieht es in dieser Beziehung noch viel trostloser aus.

Statt mehr, weniger Rotstandsarbeiter!

Die im Juli beschäftigten Rotstandsarbeiter zählten 143 695 und sind weiter um rund 10 000 zurückgegangen. Seit Mai, wo 170 105 Rotstandsarbeiter beschäftigt waren, ist leider ein Rückgang von fast 40 000 eingetreten. So haben sich also die im Arbeitsbeschaffungsprogramm projektierten neuen besonderen Rotstandsarbeiten bisher noch nicht ausgewirkt. Das Programm ist, wie so vieles, zu spät gekommen. Das Straßenbauprogramm, das im Herbst und zu Beginn des Winters, solange die Witterung es einigermaßen zuläßt, der Beschäftigung von Rotstandsarbeitern dienen soll, wird gegenwärtig vorbereitend, wesentlich werden hier die Vorbereitungen so rechtzeitig abgeschlossen, daß eine Verstärkung auch tatsächlich eintritt und wir nicht in den nächsten Monaten trotz großer Arbeitslosigkeit wieder weniger Rotstandsarbeiter haben.

Die Weltkohlenkrise

Der englische Bergarbeiterstreik hat das Problem der Weltkohlenkrise, das die öffentliche Meinung seit Jahren beschäftigt, wieder in den Vordergrund gerückt. Die allgemeine Krise der Weltwirtschaft, die sich in der Abnahme der Industrieproduktion ausdrückt, Fortschritte der Kohlewirtschaft zur besseren Ausnutzung der Kohle, Ausbau der Kohlerträge, Verwendung von Holz zu Heizwecken in der Schiffahrt und der Industrie sind die Momente, die zur Verminderung des Kohlenverbrauchs führen. Es wäre

trotzdem irrtümlich, anzunehmen, daß dieser Rückgang einen außerordentlich großen Umfang angenommen hat. Die jüngst in „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlichte Statistik der Kohlengewinnung der Welt im Jahre 1925 zeigt — wenn man die Braunkohlenproduktion auf Steinkohle umrechnet — gegenüber der Kohlenförderung im Jahre 1913 nur eine Verminderung von 0,6 Prozent, an Steinkohlen allein eine Verminderung von 2,2 Prozent. Für Europa steht allerdings die Lage der Kohlenförderung viel ungünstiger. Sein Anteil an der Weltförderung betrug 1925 541 Millionen Tonnen oder 45,4 Prozent der Weltförderung gegen 605 Millionen Tonnen oder 49,7 Prozent vor dem Kriege. Die Steinkohlenförderung Amerikas übertraf 1925 die Vorkriegsförderung und überstieg gleichzeitig die europäische; ihr Anteil beträgt jetzt 45,5 Prozent der Weltproduktion. Die Förderung der übrigen drei Erdteile, die im Jahre 1925 zusammen 108,2 Millionen Tonnen ausmachte, ist im dauernden Steigen begriffen und hat den Vorkriegsstand bedeutend übertraffen; ihr Anteil an der Weltförderung betrug 1925 9,1 Prozent. Innerhalb Europas war die Kohlenförderung Deutschlands — vornehmlich infolge des Gebietsverlustes —, Englands, infolge der besonderen Lage der englischen Bergwerke, die immer ungünstigere Schächte abteufen müssen, der Tschechoslowakei und Polens in Abnahme begriffen. Die Ruhrbeziehung, staatliche Subventionen in England, Ausfuhrschwierigkeiten in der Tschechoslowakei, schwere Wirtschaftskrisen in Polen haben bedeutende Verschiebungen der Kohlenförderung herbeigeführt. Gegenwärtig sind die Förderungsverhältnisse infolge des Bergarbeiterstreiks gänzlich umgeworfen — vornehmlich sind es deutsche und polnische Kohlen, die an die Stelle der englischen rücken. Die Kohlenförderung Frankreichs, Belgiens und Hollands ist dauernd im Steigen und hat die Friedensproduktion erheblich überschritten. Die Steigerung der Produktion in den Vereinigten Staaten ist viel geringer als die der Industrieproduktion, was in der besseren Ausnutzung der Kohlen ihren Grund hat. Unter den überseeischen Ländern ist eine sehr beträchtliche Erhöhung der Förderung in Japan zu verzeichnen, auch in Indien und Südafrika ist sie im Steigen begriffen, während in Kanada ein nicht unerheblicher Rückgang der Produktion festzustellen ist.

Sonderbare Arbeitsgemeinschaft

Der „Deutsche“ schreibt: In Mannheim besteht zwischen der Leitung der kommunistischen Jugendbewegung und dem noch sehr jungen Bezirkspräsidenten des Bezirksverbandes der katholischen Arbeitervereine und der katholischen Jugend- und Jungmännervereine eine Arbeitsgemeinschaft. Der Führer des kommunistischen Jugendverbandes hat nun gemeinsam mit dem Bezirkspräsidenten der katholischen Arbeitervereine, natürlich ohne Vorwissen des Vorstandes, einen Aufruf als Hilfe für die erwerbslose Jugend verfaßt, der nachträglich teilweise in der Zentrumspresse als ein Aufruf der katholischen Arbeitervereine und des Jungbohn verbreitet wurde, dem sich die katholischen Jugend- und Jungmännervereine und der kommunistische Jugendverband angeschlossen hätten. In Wirklichkeit sind aber Verfasser und Unterzeichner der kommunistische Jugendverband Bezirk Baden und der Bezirksverband der katholischen Arbeitervereine, deren Aufruf sich dann der katholische Jugend- und Jungmännerverein Bezirk Mannheim und der Jungbohn Mannheim angeschlossen haben.

Der Aufruf ruft zum Teil offene Türen ein, indem er Forderungen stellt, die zum Teil auf Grund der Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften längst verwirklicht, andererseits alte gewerkschaftliche Forderungen darstellen, daneben einige kommunistische Phrasen enthalten. Niemand kann verlangen, daß junge Christliche, die erst kurze Zeit ihr Studium beendet haben, alle wirtschaftlichen und sozialen Fragen beherrschen, aber erwarten sollte man, daß sie sich nicht, wie im vorliegenden Fall, als Spielball der Kommunisten gebrauchen lassen.

Aus dem Verbandsleben

Gymnich. In der am 19. September stattgefundenen Mitgliederversammlung berichtete Kollege Lückert über das Ergebnis der Lohnverhandlung und die Forderung der Unternehmer auf Lohnabbau.

In den Lohnverhandlungen am 18. September unterbreitete die Tarifgemeinschaft der Arbeitgeberverbände des Baugewerbes im engeren Mittelrand den Arbeitnehmersvertretern ihre Forderung auf Umgruppierung der Lohngebiete und einem Lohnabbau bis zu 0,26 Pfg. die Stunde. Durch die Umgruppierung der Lohngebiete würde auch das Lohngebiet Lixlar, das bis jetzt zum Lohngebiet Groß-Köln gehörte, nach der Forderung der Unternehmer in Lohngruppe 3 fallen und einen Lohnabbau erhalten die Handwerker um 0,25 Pfg., die Hilfsarbeiter um 0,26 Pfg. und die Tischarbeiter um 0,12 Pfg. die Stunde. Die Begründung der Unternehmer ist sehr leicht, die Löhne sind zu hoch. Jetzt heißt, daß das Kölnner Wirtschaftsgebiet sich über das gesamte Braunkohlegebiet erstreckt und so ein einheitliches Wirtschaftsgebiet darstellt. Das Braunkohlegebiet erstreckt sich auch über das Lohngebiet Lixlar. Es ist unverständlich, daß die Herren Unternehmer dieses einheitliche Wirtschaftsgebiet lohnpolitisch zerreißten wollen. 95% der Bauarbeiten im Lohngebiet Lixlar werden auf dem Braunkohlegruben, die gute Gewinne abwerfen, ausgeführt. Auch die Lebenshaltung ist nicht billiger als in der Großstadt, für denjenigen Kollegen, der zur Miete wohnt und alles kaufen muß, bedeutend teurer.

Die Kollegenschaft protestierte mit aller Schärfe gegen das ungerechte, herausfordernde Sogehen der Unternehmer und ist gewillt, falls auch nur ein Pfenning Lohnabbau erfolgt, den Kampf anzunehmen. Die Kollegenschaft beschloß, alles daran zu setzen und nicht eher zu ruhen, bis der letzte Bauarbeiter organisiert ist. Ferner überall dafür einzutreten, daß die 18-Stundenwooge nicht überschritten werde.

Elten. Am 19. September fand hier im Tischerischen Saale eine Werberversammlung vom Ortskartell der christlichen Gewerkschaften statt. Der Vorsitzende, Kollege Dietrich, erläuterte in kurzen Zügen den Zweck der Versammlung. Um weiteren Lohnabbau und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zu verhindern, sei eine feste Organisation erforderlich. Es sei ein Irrtum, wenn die Kollegen glauben, sie hätten die Organisation nicht nötig. Durch Anführung einiger Beispiele wurde das Gegenteil bewiesen.

Darauf referierte Kollege Hintrop-Nevelaer über: Niedergang oder Aufstieg der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Dieser Kollege wies u. a. darauf hin, wie es mit der Arbeiterbewegung vor 30 Jahren ausgefallen hat. Von einem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter war damals keine Rede. Nach und nach haben die Gewerkschaften gegen großen Widerstand Tarifverträge und andere Positionen erkämpft. Bis 1914 war schon manches besser geworden. Die Gewerkschaftsfeindschaft war aber bei den meisten Stellen noch groß. Als das Vaterland 1914 in Gefahr geriet, standen die Gewerkschaften wie ein Mann zu seiner Verteidigung zusammen. Niemand kann sagen, daß die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen ihrer Pflicht nicht erfüllt hätten. Trotzdem kam 1918 der Zusammenbruch. Das ist nicht zum Chaos wurde, ist zum großen Teile den Gewerkschaften zu verdanken.

Die Gleichberechtigung, die die Arbeiter sich ehlich verdient haben, ist den Wirtschaftsherrschern ein Dorn im Auge. Sie kämpfen mit allen Mitteln dagegen an. Das Gelingen des bisher Erreichten ist nur möglich, wenn jeder organisationsfähige Kollege sich gewerkschaftlich organisiert. Die Drohnen, die von den gewerkschaftlichen Erfolgen zehren, ohne selbst mitzuwirken, müssen aus der Arbeiterbewegung verschwinden. Erfüllen wir alle unsere Pflicht, dann ist der Aufstieg sicher. An die Ausführungen schloß sich eine rege Aussprache, welche bewies, daß die Worte des Referenten geündet hatten.

Caribewegung

Bayern

Der Landesarbeitsvertrag für das Baugewerbe in Bayern rechts des Rheins ist auf unseren Antrag von der Reichsarbeitsverwaltung für allgemeinerbindlich erklärt worden. Die Allgemeinverbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 1. August 1926. Die unterfränkischen Bezirksämter Kitzingen, Alzenau, Lohr, Kitzingen und Ebernburg sind in dem Vertragsbereich nicht einbezogen.

Die Allgemeinverbindlichkeit hat die Wirkung, daß auch die nicht am Vertrag beteiligten Unternehmer zur Einhaltung der tariflichen Bestimmungen verpflichtet werden können. Dazu gehört natürlich auch Arbeiterseite ein Jemand, der diese Einhaltung überwacht. Das ist die Organisation. Für die Herren Unorganisierten bedeutet also die Allgemeinverbindlichkeit nicht etwa Rechtsanspruch darauf, aus Schußeln zu essen, in die sie nicht hineingekaut haben, sondern mitzuhaben, wo man ernten will.

Sozialpolitik

Die Arbeitslosen-Versicherung im Sozialpolitischen Ausblick des R. B. K. In seinen Sitzungen vom 13. bis 16. September d. J. beschäftigte sich der Sozialpolitische Ausschuss des R. B. K. eingehend mit dem Vorschlag über die Arbeitslosenversicherung. Dem Sozialpolitischen Ausschuss lag ein ausführlicher Bericht des eingeleiteten Arbeitsausschusses vor. Dieser Arbeitsausschuss hat eine Reihe von Sitzungen abgehalten, Sachverständige vernommen (z. B. Dr. Erdmann von der Reichsregierung, den Vorsitz der Arbeitgeberverbände, Soliedt und Dr. Brüder vom I. D. G. V., Fraulein Klumpp vom Reichsarbeitsministerium) und versucht, eine Verständigung zwischen den Abteilungen I und II herbeizuführen. Jeder muß man feststellen, daß es nicht gelungen ist, die Vertreter der Industrie und Landwirtschaft zu Zugewandten zu veranlassen, die den Wünschen und Anforderungen der Arbeitnehmer gerecht werden.

Sonderes anerkennen waren die Organisationsfragen, die Gehaltung der Lohnklasseneinteilung, die Höhe der Unterstützung, der Streikparagraf und die Einziehung der Beiträge. Ferner wurde über die in der Abteilung II (Arbeitnehmer) über diese wichtigen Fragen — mit Ausnahme der Organisationsfragen — Einmütigkeit erzielt worden zu den verschiedenen Punkten des Gesetzes ein gemeinschaftliches Anträge gestellt. Nur die Organisationsfrage veranlaßt uns, besondere Anträge einzubringen. Die Vertreter der freien Gewerkschaften verlangen die Zusammenfassung der Arbeitslosenversicherung mit der Arbeitslosenversicherung in einem Arbeitsamt. Um eine solche Zusammenfassung herbeizuführen, müßten die Änderungen des bestehenden Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Sie können uns mit diesen Gedanken nicht befassen und halten besonders eine Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes im Augenblick für eine ganz berechtigte Forderung. Uns erscheint die im Gegensatz vorgeschlagene Organisationsform — Schaffung von Landesarbeitsämtern — richtig. Allerdings verlangen wir die Einbeziehung der nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in die Arbeitslosenversicherung und darüber hinaus die Möglichkeit der Einziehung von gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherungsgeldern.

Bei den Beratungen im Sozialpolitischen Ausschuss war die wichtigste Frage die Gehaltung des Lohnklassensystems und die Höhe der Unterstützungssätze. In den §§ 30 und 31, die diese Dinge regeln, lagen drei Anträge vor.

Die Abteilung II fordert die Einführung von acht Lohnklassen mit einem Einheitslohn von 12 bis 65 Mark.

Als Unterstützungen sollen in den Klassen I und II 60 Prozent und in den Klassen III bis VIII 50 Prozent des Einheitslohnes gezahlt werden. Die höchste Unterstützung soll 50 Prozent betragen.

Die Abteilung I beantragt die Einführung von sieben Lohnklassen mit einem Einheitslohn von 12 bis 40 Mark. Der Unterstützungssatz in der Klasse I soll 40 Prozent, in den anderen Klassen 35 Prozent betragen. Die höchste Unterstützung ist mit 60 Prozent festgesetzt.

Die Abteilung III schlägt sieben Lohnklassen vor mit einem Einheitslohn von 15 bis 50 Mark, als Unterstützungssatz 40 Prozent, als Höchstunterstützung 70 Prozent.

Die Abstimmung ergab für keinen dieser drei Anträge eine Mehrheit. Vielleicht gelingt es, bis zur zweiten Sitzung, die Ende dieses Monats stattfinden wird, noch zu einer befriedigenden Lösung zu kommen.

Der § 32 (Streikparagraf) wurde in folgender Fassung angenommen: „Arbeitslose, deren Arbeitslosigkeit durch Ausstand oder Ausperrung ganz oder überwiegend unmittelbar verursacht ist, erhalten während des Ausstandes oder der Ausperrung keine Arbeitslosenunterstützung. Der unmittelbar durch Streik verursachten Arbeitslosigkeit steht die durch einen Streik im Betriebe verursachten Arbeitslosigkeit gleich.“

Die Frage des Beitragszuzuges ist noch nicht völlig geklärt. Die Abteilung 2 verlangt die Einführung des Markensystems, da die Einziehung der Beiträge durch die Krankentage zu Schwierigkeiten geführt hat. Grundsätzlich hat der Ausschuss dem Markensystem zugestimmt, doch müssen noch hierüber weitere Verhandlungen gepflogen werden. Von Seiten der Regierung wurde erklärt, daß das Markensystem Gegenstand eingehender Beratungen sei.

Ueber den Verlauf der zweiten Sitzung werden wir noch eingehend berichten. No.

Die deutsche Sozialversicherung und das Kind.

Wer die Erlasse und Gesetze über die Sozialversicherung, welche in letzter Zeit ergingen, mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt, wird zu seiner Befriedigung feststellen können, daß der Gesetzgeber ernstlich bestrebt ist, mehr und mehr Einheitlichkeit in die verschiedenen Zweige der deutschen Sozialversicherung zu bringen. Begrüßenswerterweise hat nunmehr auch die Versorgung der Kinder der Versicherten eine einheitliche Regelung gefunden.

Durch das Gesetz zur Änderung der Reichsversicherungsordnung und des Angestelltenversicherungsgesetzes vom 25. Juni 1926 wurde der Begriff „Kind“ einheitlich für Invaliden-, Unfall- und Angestelltenversicherung wie folgt festgelegt:

- Als Kinder gelten:
1. die ehelichen Kinder,
 2. die für ehelich erklärten Kinder,
 3. die an Kindes Statt angenommenen Kinder,
 4. die unehelichen Kinder eines männlichen Versicherten, wenn seine Vaterchaft festgestellt ist,
 5. die unehelichen Kinder einer Versicherten,
 6. die Stiefkinder und die Enkel, wenn sie vor Eintritt des Versicherungsfalles von dem Versicherten überwiegend unterhalten worden sind.

Diese klare Begriffsbestimmung muß zweifellos als nennenswerter Fortschritt in der Entwicklung unserer Sozialversicherung angesehen werden, der sich besonders augenfällig in der Gleichstellung des unehelichen Kindes mit dem ehelichen bemerkbar macht.

Gewiß das deutsche Kind auch bislang schon die Segnungen der sozialen Versicherung seines Ernährers, so war seine Versorgung hinsichtlich der Dauer leider keine einheitliche, sondern eine in den einzelnen Versicherungsarten verschieden lange. Die Krankenversicherung nimmt sich beispielsweise auf Grund der vom Reichsvorstand beschlossenen Satzungsbestimmung im Krankheitsfall vielfach bis zum 14. oder 15. Lebensjahr der Kinder der Versicherten an; die Angestellten- und Invalidenversicherung dehnte die Rentenfürsorge auf Kinder bis 18 Jahre aus. Ueber diese Altersgrenze hinaus gewährte die Unfallversicherung Kindern, welche infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen außerstande waren, sich selbst zu erhalten, die Zulage solange, wie dieser Zustand dauert und der Verletzte das Kind unentgeltlich unterhält.

Diese Verschiedenartigkeit schafft das neue Gesetz aus der Welt, indem es bei Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen bis zum vollendeten 15. Lebensjahr jedem Kinde eines durch einen entgeltlichen pflichtigen Unfall ums Leben gekommenen ein Unfallrentenrente, nach dem Tode eines gegen Invalidität versicherten Arbeiters jedem seiner Kinder eine Invalidenrente und nach dem Tode eines Mitgliedes der Angestelltenversicherung eine Angestelltenrentenrente gibt. In gleicher Weise gilt nunmehr für alle Versicherungszweige einheitlich die Bestimmung, daß die Rentenleistungen an die Kinder weiter gewährt werden, sofern diese nach Vollendung des 15. Lebensjahres Schul- oder Berufsausbildung erhalten, und zwar für die Dauer dieser Ausbildung, doch nicht über das vollendete 21. Lebensjahr hinaus. Ist das Kind bei Vollendung des 15. Lebensjahres infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen außerstande, sich selbst zu erhalten, so geht die Versorgung weiter, solange dieser Zustand dauert.

Bedeutend ist, daß das Gesetz hinsichtlich der Krankenversicherung die Gewährung des Lebensjahres, bis zu welchem das Kind im Falle der Krankheit Krankenpflege auf Grund der Familienhilfe erhalten kann, nach wie vor der Schlichtung der Kassenvorstände überläßt. Doch ist diese Übertragung des Entscheidungsermächtigt. Die nämlich verläßt, soll die bisherige freiwillige, ins Belieben der einzelnen Krankenkasse geübte Regelung der Familienhilfe durch gesetzliche Bestimmung in Höhe der Regel- oder Familienrente erklärt werden. Möge es alsdann der Gesetzgeber im Interesse der vollkommeneren Einheitlichkeit des Kinderrechtes in der Sozialversicherung nicht übersehen, die

neuen Bestimmungen des Gesetzes vom 25. Juni 1926 über die Altersgrenze der Kinder auch auf die Krankenversicherung auszu dehnen!

Bücherchau

Neuerst billige Bücher der Weltliteratur, die von der Buchhandlung unseres christlichen Gewerkschaftsverlages angeboten werden. Besondere Vorzüge dieser Ausgabe: vollständige Textausgabe, blütenweißes Papier, solide, geschmackvolle Einbände und der wirklich billige Preis, der bisher noch von keiner Buchhandlung oder Buchgemeinschaft, auch nicht von den Verlegern, die ihre Bücher „unsonst“ abgeben, geboten worden ist. Neben den Ausgaben der Klassiker, wie Goethe, Schiller, Uhland, Shakespeare usw. sind unter anderem die folgenden Hauptwerke der Weltliteratur zu haben: „Faust“, „Goethes Gespräche mit Eckermann“, sämtliche Werke von Gustav Freytag, wie „Soll und Haben“, „Die Ahnen“ usw., „Quo vadis“, „Ben Hur“, „Die letzten Tage von Pompeji“, „Götta Verling“, „Jerusalem“, „Zwischen Himmel und Erde“, „Friedemann Bach“, „Eckehard“, „Der grüne Heinrich“, „Der Graf von Monte Christo“ usw. Ein vollständiges Verzeichnis wird gern geliefert. Die Preise sind für die Klassikerausgaben: jeder Band etwa 800 Seiten stark, in Ganzleinen mit Goldschnitt 2,85 M., in Halbleinen mit Goldschnitt 4,65 M. Die Preise für die kulturhistorischen Romane: jeder Band 350 bis 800 Seiten stark, Ausgabe in Ganzleinen mit Goldschnitt 1,95 M. und 2,35 M., in Halbleinen mit Goldschnitt 3,35 M. Besonders hervorheben möchten wir, daß von Gustav Freytag, „Soll und Haben“, 784 Seiten, und „Die verlorene Handschrift“ in Ganzleinen für nur 2,35 M. jeder Band zu haben ist. „Die Ahnen“, 6 Bände, sind neben einer Einzelausgabe, wovon jeder Band in Ganzleinen 1,95 M. kostet, nunmehr auch in 2 Bände Ganzleinen gebunden, insgesamt 1750 Seiten, zum Preise für 4,70 M. für beide Bände erhältlich: in Halbleinen, eine ganz wunderbare Ausgabe, kosten dieselben Bände je 3,35 M. Diese Preisvergünstigung ist nur für Mitglieder unserer Bewegung, weshalb bei Bestellungen unbedingt die Mitgliedsnummer angegeben werden muß. Vollständige Verzeichnisse werden auf Verlangen von unserem christlichen Gewerkschaftsverlag, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25, zugesandt.

Sterbetafel

Am 1. September verstarb nach längerer Krankheit unser treuer Kollege und Mitbegründer der Verwaltungsstelle Koblenz, der Zimmerpolier **Salob Kaiser** im Alter von 72 Jahren. Die Koblenzer Kollegen werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Verwaltungsstelle Koblenz.

Am 18. September starb an Lungenerkrankung unser jugendliches Verbandsmitglied **Franz Dosalla** im Alter von 16 Jahren.

Ortsgruppe Verne.

Ehre ihrem Andenken!

Due für Mitglieder unseres Verbandes!

Klassiker-Ausgaben und sonstige Werke der Weltliteratur:

(Goethe, Schiller, Uhland, Shakespeare usw. sowie „Faust“, „Goethes Gespräche mit Eckermann“, sämtliche Werke von Gustav Freytag, wie „Soll und Haben“, „Die Ahnen“ usw., „Quo vadis“, „Ben Hur“, „Die letzten Tage von Pompeji“, „Götta Verling“, „Jerusalem“, „Zwischen Himmel und Erde“, „Friedemann Bach“, „Eckehard“, „Der grüne Heinrich“, „Der Graf von Monte Christo“ usw.) können durch unsere Buchhandlung, den christlichen Gewerkschaftsverlag, zu einem fabelhaft billigen Preise, wie ihn keine Buchhandlung oder Buchgemeinschaft bisher geboten hat, bezogen werden.

Preise für Klassiker-Ausgaben:

jeder Band, etwa 800 Seiten stark, in Ganzleinen Mk. 2,85, in Halbleinen mit Goldschnitt Mk. 4,65,

für kulturhistorische Romane: jeder Band 350 bis 800 Seiten stark, Ganzleinen mit Goldschnitt Mk. 1,95 und Mk. 2,35, in Halbleinen mit Goldschnitt 3,35, zweifarbiger Titel und Kopfgoldschnitt in Schutzhüllen Mk. 3,35. Besonders günstig ist Gustav Freytag, „Soll und Haben“, 784 Seiten, „Die verlorene Handschrift“, Ganzleinen, je Mk. 2,35, „Die Ahnen“, 6 Bände, einzeln in Ganzleinen gebunden, je Mk. 1,95, „Die Ahnen“, 6 Bände in 2 Bände gebunden, in Ganzleinen, insgesamt 1750 Seiten, zusammen Mk. 4,70. Dieselben Bände in Halbleinen, jeder Band Mk. 3,35. Sämtliche Ausgaben sind ungekürzt, haben blütenweißes Papier und eine schöne augenshonende Schrift.

Diese Preise sind nur für Mitglieder unserer Bewegung,

daher ist bei Bestellung die Angabe der Mitgliedsnummer unbedingt erforderlich. Ein genaues Verzeichnis wird auf Wunsch gern zugesandt. Siehe auch die Berechnung im literarischen Teil dieser Zeitung.

Christlicher Gewerkschaftsverlag

Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25